

Satzung 2016	Neu
<p>Satzung Die nachfolgenden Bezeichnungen gelten sowohl in männlicher als auch in weiblicher Form.</p>	<p>Satzung Aus Gründen der Lesbarkeit sind im Satzungstext durchgängig alle Personen, Funktionen und Amtsträgerbezeichnungen in der männlichen Form gefasst. Soweit die männliche Form gewählt wird, werden damit gleichermaßen weibliche, männliche und diverse Funktions- und Amtsträger angesprochen.</p>
<p>§ 1 Name, Sitz, Eintragung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der im Jahr 2012 gegründete Verein führt den Namen „Linedance4all e.V.“. 2) Er hat seinen Sitz in Bielefeld und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bielefeld unter der Nr. 4247 eingetragen. 3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. 	<p>A. Allgemeines</p> <p>§ 1 Name, Sitz, Eintragung und Geschäftsjahr</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der im Jahr 2012 gegründete Verein führt den Namen „Linedance4all e.V.“. 2) Der Verein hat seinen Sitz in Bielefeld und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bielefeld unter der Nr. 4247 eingetragen. 3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
<p>§ 2 Zweck des Vereins Der Verein pflegt und fördert den Tanzsport, insbesondere Country Western Line Dance Tanz. Zweck des Vereins ist die Förderung des Tanzsports für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Bereichen Gesellschaftstanz, Breitensport und Turniersport. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung sportlicher Übungen und Leistungen • Durchführung von geordneten Übungsstunden • Durchführung von freien Tanztrainingsstunden • Einsatz von fachgerecht ausgebildeten Übungsleitern und Trainern • Wettbewerbe und Turniere. 	<p>§ 2 Zweck des Vereins</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports und der Jugendhilfe. Speziell fördert und pflegt der Verein den Tanzsport, insbesondere Country Western Tanz für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Bereichen Gesellschaftstanz, Breitensport und Leistungssport. 2) Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch: <ol style="list-style-type: none"> a) entsprechende Organisation eines geordneten Sport, Übungs- und Kursbetriebes für alle Bereiche b) die Durchführung eines leistungsorientierten Trainingsbetriebes, c) die Durchführung von sportspezifischen Vereinsveranstaltungen, d) die Beteiligung an Turnieren und Vorführungen, sportlichen Wettkämpfen, e) die Durchführung von allgemeinen und sportorientierten Jugendveranstaltungen und -maßnahmen, f) Aus-/Weiterbildung und Einsatz von sachgemäß ausgebildeten Übungsleiterinnen/Übungsleitern, Trainerinnen/Trainern und Helferinnen/Helfern, g) die Beteiligung an Kooperationen.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 3 Gemeinnützigkeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. 2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. 3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. 4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. 5) Der Verein ist parteipolitisch und religiös neutral. 	<p>§ 3 Gemeinnützigkeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. 2) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. 3) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. 4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
	<p>§ 4 Grundsätze der Tätigkeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Grundlage der Vereinsarbeit ist das Bekenntnis aller Mitglieder des Vereins zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen. 2) Der Verein ist parteipolitisch und religiös neutral. Er vertritt den Grundsatz religiöser, weltanschaulicher und ethnischer Toleranz und Neutralität. Der Verein wendet sich gegen Intoleranz, Rassismus und jede Form von politischem Extremismus. Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie jeder Form von Gewalt, unabhängig davon, ob sie verbaler, körperlicher, seelischer oder sexualisierter Art ist, entgegen. 3) Der Verein, seine Amtsträger und Mitarbeiter bekennen sich zu den Grundsätzen eines umfassenden Kinder- und Jugendschutzes und treten für die körperliche und seelische Unversehrtheit und Selbstbestimmung der anvertrauten Kinder und Jugendlichen ein. Der Verein, seine Amtsträger und Mitarbeiter pflegen eine Aufmerksamkeitskultur und führen regelmäßig Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt im Sport durch. 4) Der Verein steht für Fairness und tritt für einen doping- und manipulationsfreien Sport ein. 5) Der Verein fördert die Inklusion behinderter und nichtbehinderter Menschen und die Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Er verfolgt die Gleichstellung der Geschlechter.
	<p>§ 5 Verbandsmitgliedschaften</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Verein ist Mitglied <ol style="list-style-type: none"> a) im Stadtsportbund Bielefeld und b) in den für die betriebenen Sportarten zuständigen Fachverbänden. 2) Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der Bünde und Verbände nach Absatz 1 als verbindlich an. 3) Um die Durchführung der Vereinsaufgaben zu ermöglichen, kann der Gesamtvorstand den Eintritt in Bünde, Verbände und Organisationen und über den Austritt beschließen.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person werden, die den Verein und dessen Ziele unterstützt. 2) Für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Verein zu richten. 3) Der Aufnahmeantrag eines beschränkt Geschäftsfähigen oder Geschäftsunfähigen ist von einem gesetzlichen Vertreter zu stellen. Die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Vereinsmitglieder verpflichten sich, mit dem Aufnahmegesuch für die Beitragsschulden ihrer Kinder aufzukommen. 4) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand innerhalb von vier Wochen nach Eingang des Aufnahmeantrags durch Beschluss. Das Mitglied erhält eine Aufnahmebestätigung. Mit der Aufnahme erkennt das Mitglied die Vereinssatzung und die Ordnungen in der jeweils gültigen Fassung an. 5) Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme muss nicht begründet werden. 	<p>B Vereinsmitgliedschaft</p> <p>§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Mitglied des Vereins können natürliche Personen werden. 2) Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Es ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Verein zu richten. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, am SEPA-Lastschriftverfahren teilzunehmen. 3) Der Aufnahmeantrag eines Minderjährigen bedarf der schriftlichen Einwilligung der gesetzlichen Vertreter. 4) Über die Aufnahme entscheidet der geschäftsführende Vorstand. Die Aufnahme gilt mit dem Versand der Aufnahmebestätigung an den Antragsteller als genehmigt. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem in der Aufnahmebestätigung genannten Datum. Mit der Aufnahme erkennt das Mitglied die Vereinssatzung und die Ordnungen in der jeweils gültigen Fassung an. 5) Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme muss nicht begründet werden. Ein vereinsinternes Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Aufnahme besteht nicht. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt.
<p>§ 5 Arten der Mitgliedschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Verein besteht aus <ul style="list-style-type: none"> - aktiven Mitgliedern - passiven Mitgliedern - Ehrenmitgliedern. 2) Aktive Mitglieder sind Mitglieder, die sämtliche Angebote des Vereins im Rahmen der bestehenden Ordnungen nutzen können und/oder am Trainingsbetrieb teilnehmen können. 3) Für passive Mitglieder steht die Förderung des Vereins oder bestimmter Vereinsabteilungen durch Geld im Vordergrund. Sie nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht. 4) Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit. Ihnen steht ein Stimmrecht zu. Sie werden per Beschluss mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung gewählt. 	<p>§ 7 Arten der Mitgliedschaft</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Verein besteht aus <ul style="list-style-type: none"> - aktiven Mitgliedern - passiven Mitgliedern - Ehrenmitgliedern. 2) Aktive Mitglieder sind Mitglieder, die Angebote des Vereins im Rahmen der bestehenden Ordnungen nutzen können und/oder am Trainingsbetrieb teilnehmen können. 3) Für passive Mitglieder steht die Förderung des Vereins oder bestimmter Vereinsabteilungen im Vordergrund. Sie nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht. 4) Ehrenmitglied kann werden, wer sich durch besonderes Engagement für den Verein verdient gemacht hat. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit. Sie werden per Beschluss mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung gewählt. Sie haben kein Stimmrecht.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft</p> <p>1) Die Mitgliedschaft endet</p> <ul style="list-style-type: none"> - durch Austritt aus dem Verein (Kündigung) - durch Ausschluss aus dem Verein - durch Tod - durch Auflösung des Vereins - durch Erlöschen der Rechtsfähigkeit der juristischen Personen. <p>2) Der Austritt eines Mitgliedes ist nur zum Quartalsende (31.03./30.06./30.09./31.12.)unter Beibehaltung des bestehenden Mitgliedstatus möglich. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen.</p> <p>3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten bleiben hiervon unberührt. Vereinseigene Gegenstände sind dem Verein herauszugeben oder wertmäßig abzugelten. Dem austretenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Beiträge zu.</p>	<p>§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft</p> <p>1) Die Mitgliedschaft endet</p> <ul style="list-style-type: none"> - durch Austritt aus dem Verein (Kündigung) - durch Ausschluss aus dem Verein - durch Tod. <p>2) Der Austritt eines Mitgliedes ist nur zum Quartalsende (31.03./30.06./30.09./31.12.)unter Beibehaltung des bestehenden Mitgliedstatus möglich. Er erfolgt durch Erklärung in Textform gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen. Für Mitglieder im Rahmen der Kooperation mit Kindergärten gelten besondere Kündigungsvereinbarungen.</p> <p>3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten bleiben hiervon unberührt. Vereinseigene Gegenstände sind dem Verein herauszugeben oder wertmäßig abzugelten. Dem austretenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Beiträge zu.</p>
<p>§ 7 Ausschluss aus dem Verein</p> <p>1) Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied</p> <ul style="list-style-type: none"> - trotz schriftlicher Mahnung seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt - grobe Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen schuldhaft begeht - in grober Weise den Interessen des Vereins und seiner Ziele zuwiderhandelt. <p>2) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand.</p> <p>3) Dem Mitglied muss vor der Beschlussfassung Gelegenheit zur Rechtfertigung bzw. Stellungnahme gegeben werden.</p> <p>4) Der Ausschließungsbeschluss wird mit Bekanntgabe an das betroffene Mitglied wirksam. Gegen den Ausschließungsbeschluss kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Mitteilung des Ausschlusses Beschwerde eingereicht werden, über die die nächste Mitgliederversammlung entscheidet. Bis zur Mitgliederversammlung ruht die Mitgliedschaft. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.</p>	<p>§ 9 Ausschluss aus dem Verein</p> <p>1) Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied</p> <ul style="list-style-type: none"> - grob gegen die Satzung oder Ordnungen schuldhaft verstößt - in grober Weise den Interessen des Vereins und seiner Ziele zuwiderhandelt; - sich grob unsportlich verhält; - dem Verein oder dem Ansehen des Vereins durch unehrenhaftes Verhalten, insbesondere durch Äußerung extremistischer oder verfassungsfeindlicher Gesinnung bzw. Haltung innerhalb und außerhalb des Vereins oder durch die Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei oder Organisation schadet; - gegen die Grundsätze des Kinder- und Jugendschutzes verstößt. <p>2) Über den Ausschluss entscheidet der geschäftsführende Vorstand auf Antrag. Zur Antragstellung ist jedes Mitglied berechtigt.</p> <p>3) Der Antrag auf Ausschluss ist dem betroffenen Mitglied samt Begründung zuzuleiten. Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu dem Antrag auf Ausschluss Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom geschäftsführenden Vorstand unter Berücksichtigung der Stellungnahme des betroffenen Mitglieds über den Antrag mit einfacher Mehrheit zu entscheiden.</p> <p>4) Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich mit Gründen mittels Brief mitzuteilen. Der Ausschließungsbeschluss wird mit Bekanntgabe an das betroffene Mitglied wirksam.</p> <p>5) Dem betroffenen Mitglied steht gegen den Ausschluss kein vereinsinternes Beschwerderecht zu. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt.</p> <p>6) Handelt es sich bei dem auszuschließenden oder zu streichenden Mitglied um ein Mitglied des Gesamtvorstandes, entscheidet die Mitgliederversammlung.</p>

Satzung 2016	Neu
<p>§ 8 Beiträge, Gebühren, Beitragseinzug</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe der Beitragsordnung des Vereins. Die Beitragsordnung wird auf Antrag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung festgelegt. Zur Festlegung ist eine einfache Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. 2) Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein Änderungen der Bankverbindung und der Anschrift mitzuteilen. 3) Mitglieder, die nicht am Lastschriftverfahren teilnehmen, tragen den erhöhten Verwaltungsaufwand des Vereins durch eine Bearbeitungsgebühr, die der Vorstand durch Beschluss festsetzen kann. 4) Von Mitgliedern, die dem Verein eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Basislastschrift-Mandat erteilt haben, wird der Beitrag zum Fälligkeitstermin eingezogen. 5) Kann der Bankeinzug aus Gründen, die das Mitglied zu vertreten hat, nicht erfolgen, sind dadurch entstehende Bankgebühren durch das Mitglied zu tragen. 6) Wenn der Beitrag zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht beim Verein eingegangen ist, befindet sich das Mitglied ohne weitere Mahnung im Zahlungsverzug. 7) Fällige Beitragsforderungen werden vom Verein außergerichtlich und gerichtlich geltend gemacht. Die entstehenden Kosten hat das Mitglied zu tragen. 8) Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen oder –pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden bzw. Mitgliedern die Teilnahme am Lastschriftverfahren erlassen. 	<p>C Rechte und Pflichten der Mitglieder</p> <p>§ 10 Beiträge, Gebühren, Beitragseinzug</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe der Beitragsordnung des Vereins. Die Beitragsordnung wird auf Antrag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung festgelegt. Zur Festlegung ist eine einfache Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. 2) Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein Änderungen des Namens, der Bankverbindung, der Anschrift sowie der E-Mail-Adresse mitzuteilen. 3) Von Mitgliedern, die dem Verein eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Basislastschrift-Mandat erteilt haben, wird der Beitrag zum Fälligkeitstermin eingezogen. 4) Kann der Bankeinzug aus Gründen, die das Mitglied zu vertreten hat, nicht erfolgen, sind dadurch entstehende Bankgebühren durch das Mitglied zu tragen. 5) Wenn der Beitrag zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht beim Verein eingegangen ist, befindet sich das Mitglied ohne weitere Mahnung im Zahlungsverzug. 6) Fällige Beitragsforderungen werden vom Verein außergerichtlich und gerichtlich geltend gemacht. Die entstehenden Kosten hat das Mitglied zu tragen. 7) Der geschäftsführende Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen oder –pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden bzw. Mitgliedern die Teilnahme am SEPA-Lastschriftverfahren erlassen.
<p>§ 9 Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Kinder bis zum 7. Lebensjahr und andere Personen, die als geschäftsunfähig im Sinne der Regelungen des BGB gelten, können ihre Mitgliederrechte nicht persönlich ausüben. Diese werden durch ihre gesetzlichen Vertreter wahrgenommen. 2) Kinder und Jugendliche zwischen dem 7. und 18. Lebensjahr üben ihre Mitgliederrechte im Verein persönlich aus. Ihre gesetzlichen Vertreter sind dagegen von der Wahrnehmung ausgeschlossen. 3) Mitglieder bis zum 18. Lebensjahr sind vom Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ausgeschlossen. Das Stimmrecht kann jedoch in der Jugendversammlung im vollen Umfang ausgeübt werden. 	<p>§ 11 Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Kinder bis zum vollendeten 7. Lebensjahr und andere Personen, die als geschäftsunfähig im Sinne der Regelungen des BGB gelten, können ihre Antrags- und Rederechte in der Mitgliederversammlung nicht persönlich, sondern nur durch die gesetzlichen Vertreter ausüben. Alle weiteren Mitgliedschaftsrechte, insbesondere die Nutzung der sportlichen Vereinsangebote, können diese Mitglieder persönlich ausüben. 2) Minderjährige Mitglieder zwischen dem vollendeten 7. und dem vollendeten 18. Lebensjahr üben ihre Mitgliedschaftsrechte im Verein persönlich aus. Ihre gesetzlichen Vertreter sind von der Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte ausgeschlossen, sind aber berechtigt, an Mitgliederversammlungen teilzunehmen.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 10 Ordnungsgewalt des Vereins</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Regelungen dieser Satzung, sowie der Vereinsordnungen zu beachten, einzuhalten und insbesondere den Anweisungen und Entscheidungen der Vereinsorgane, Mitarbeiter und Übungsleiter Folge zu leisten. 2) Ein Verhalten eines Mitglieds, das nach § 8 dieser Satzung zum Vereinsausschluss führen kann, kann auch nachfolgende Vereinsstrafen nach sich ziehen: <ol style="list-style-type: none"> a) Ordnungsstrafe bis 500,00 Euro b) Befristeter Ausschluss vom Trainings- und Übungsbetrieb. 3) Das Verfahren wird vom Vorstand eingeleitet. 4) Das betroffene Mitglied wird aufgefordert innerhalb einer Frist von zwei Wochen zu dem Antrag Stellung zu nehmen. 5) Der Vorstand kann die Vereinsstrafe festsetzen. Es findet § 7 Absatz 4 analog Anwendung. 	<p>§ 12 Ordnungsgewalt des Vereins</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Regelungen dieser Satzung, sowie der Vereinsordnungen zu beachten, einzuhalten und insbesondere den Anweisungen und Entscheidungen der Vereinsorgane, Mitarbeiter und Übungsleiter Folge zu leisten. 2) Ein Verhalten eines Mitglieds, das zum Vereinsausschluss führen kann, kann auch nachfolgende Vereinsstrafen nach sich ziehen: <ol style="list-style-type: none"> a) Ordnungsstrafe bis 500,00 Euro b) befristeter bis maximal sechsmonatiger Ausschluss vom Trainings- und Übungsbetrieb. 3) Das Verfahren wird vom geschäftsführenden Vorstand eingeleitet. 4) Das betroffene Mitglied ist über die zu verhängende Vereinsstrafe samt Begründung zu informieren und wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom geschäftsführenden Vorstand unter Berücksichtigung der Stellungnahme des betroffenen Mitglieds mit einfacher Mehrheit über die Vereinsstrafe zu entscheiden. 5) Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich mit Gründen mittels Brief mitzuteilen. Die Vereinsstrafe wird mit Bekanntgabe an das betroffene Mitglied wirksam. 6) Dem betroffenen Mitglied steht gegen den Beschluss über die verhängte Vereinsstrafe kein vereinsinternes Beschwerderecht zu. Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt.
<p>§ 11 Die Vereinsorgane</p> <p>Organe des Vereins sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Mitgliederversammlung, - der geschäftsführende Vorstand, - der Gesamtvorstand, - die Jugendversammlung. 	<p>D. Organe des Vereins</p> <p>§ 13 Die Vereinsorgane</p> <p>Organe des Vereins sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Mitgliederversammlung, - der geschäftsführende Vorstand, - der Gesamtvorstand, - die Jugendversammlung.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 12 Vergütung der Organmitglieder, Aufwendungsersatz, bezahlte Mitarbeit</p> <ol style="list-style-type: none">1) Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.2) Die Mitgliederversammlung kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Vereins- und Organämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende ist der geschäftsführende Vorstand zuständig. Der geschäftsführende Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben.3) Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage einen Geschäftsführer und/oder Mitarbeiter für die Verwaltung einzustellen. Im Weiteren ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke Verträge mit Übungsleitern abzuschließen. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht hat der 1. Vorsitzende.4) Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Die Mitglieder und Mitarbeiter haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Der Gesamtvorstand kann durch Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Aufwandspauschalen festsetzen.5) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendung mit prüffähigen Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden.6) Einzelheiten kann die Finanzordnung regeln.	<p>-- s. § 20 neu</p>

Satzung 2016**§ 13 Die ordentliche Mitgliederversammlung**

- 1) Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung.
- 2) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet in den ersten vier Monaten des Jahres statt. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen mit Schreiben an alle Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Maßgebend für die Einhaltung der Frist ist die Abgabe der Einladung zur Post bzw. das Versenden der Mail. Die Tagesordnung setzt der Vorstand durch Beschluss fest.
- 3) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
- 4) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Mitgliederversammlung den Leiter. Soweit der Schriftführer nicht anwesend ist, wird auch dieser von der Mitgliederversammlung bestimmt.
- 5) Alle Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen per Handzeichen. Wenn der Antrag auf geheime Abstimmung oder Wahl gestellt wird, entscheidet darüber die Mitgliederversammlung. Eine geheime Abstimmung oder Wahl muss durchgeführt werden, wenn dies von mindestens 1/5 der erschienenen Stimmberechtigten verlangt wird.
- 6) Soweit die Satzung nichts anderes bestimmt, entscheidet bei Abstimmungen die einfache Mehrheit (50% + 1). Bei der Beschlussfassung ist die Mehrheit nur nach der Zahl der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen zu berechnen. Enthaltungen und ungültige Stimmabgaben sind nicht mitzuzählen. Stimmgleichheit bei Abstimmungen führt zur Ablehnung.
- 7) Gewählt ist derjenige, der die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit wird bei Wahlen durch das Los entschieden.
- 8) Zur Änderung der Satzung und zur Änderung des Vereinszwecks ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- 9) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.
- 10) Jedes Mitglied hat mit Vollendung des 18. Lebensjahres in der Mitgliederversammlung ein Stimmrecht. Wählbar ist jedes Mitglied mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
- 11) Jedem Mitglied steht das Recht zu, Anträge einzubringen. Diese Anträge sind bis zum 31. Januar des Jahres vor der Mitgliederversammlung schriftlich und begründet beim Vorstand einzureichen. Spätere Anträge – auch während der Versammlung gestellte Anträge – müssen auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn in der Mitgliederversammlung die Mehrheit der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder der Behandlung der Anträge zustimmt.

Neu**§ 14 Die Mitgliederversammlung**

- 1) Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung.
- 2) Eine Mitgliederversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Die Mitgliederversammlung sollte jeweils bis zum 30. April durchgeführt werden.
- 3) Die Mitgliederversammlung wird vom geschäftsführenden Vorstand unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen in Textform unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Tag. Die Tagesordnung setzt der geschäftsführende Vorstand durch Beschluss fest. Es sind alle Mitglieder zur Teilnahme einzuladen.
- 4) Der geschäftsführende Vorstand kann jederzeit eine Mitgliederversammlung einberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert. Sie muss einberufen werden, wenn es von mindestens 20 % aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom geschäftsführenden Vorstand verlangt wird. Gegenstand der Beschlussfassung einer derartigen Mitgliederversammlung sind nur die mit der Einberufung mitgeteilten Tagesordnungspunkte. Ergänzungen der Tagesordnung sowie weitere Anträge sind ausgeschlossen. Einberufungsform und -frist ergeben sich aus Absatz 3.
- 5) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden oder einem anderen Mitglied des Vorstandes geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Mitgliederversammlung den Leiter. Der Versammlungsleiter bestimmt den Protokollführer. Der Versammlungsleiter kann die Leitung der Versammlung auf eine andere Person übertragen.
- 6) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
- 7) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von einem anderen Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes geleitet. Ist kein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Der Versammlungsleiter bestimmt den Protokollführer. Der Versammlungsleiter kann die Leitung der Versammlung auf eine andere Person übertragen.
- 8) Alle Abstimmungen und Wahlen erfolgen grundsätzlich offen per Handzeichen oder bei Teilnahme an einer virtuellen oder hybriden Mitgliederversammlung auch durch elektronische Stimmabgabe. Wenn geheime Abstimmung beantragt wird, entscheidet darüber die Mitgliederversammlung. Eine geheime Abstimmung ist durchzuführen, wenn dies von mindestens einem Fünftel der abgegebenen gültigen Stimmen verlangt wird.
- 9) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmgleichheit bei Abstimmungen führt zur Ablehnung. Stimmenthaltungen werden als ungültige Stimmen gewertet und nicht mitgezählt. Zur Änderung der Satzung und zur Änderung des Vereinszwecks ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Satzung 2016	Neu
	<p>10) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.</p> <p>11) Jedes Mitglied hat mit Vollendung des 18. Lebensjahres in der Mitgliederversammlung ein Stimmrecht und eine Stimme. Wählbar ist jedes Mitglied mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Das Stimmrecht kann nur persönlich ausgeübt werden und ist nicht übertragbar.</p> <p>12) Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands und des Gesamtvorstands werden einzeln gewählt. Es ist der Kandidat gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Erreicht kein Kandidat im 1. Wahlgang die absolute Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl statt. Gewählt ist im 2. Wahlgang der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Die Vorstandsmitglieder sind wirksam gewählt, wenn die gewählten Kandidaten das Amt angenommen haben.</p> <p>13) Anträge zur Tagesordnung können von allen Mitgliedern in Textform unter Angabe des Namens gestellt werden. Die Anträge sind zu begründen und müssen dem geschäftsführenden Vorstand bis zum 31. Januar des Jahres zugehen.</p> <p>14) Mitgliederversammlungen finden grundsätzlich als Präsenzversammlungen statt. Der geschäftsführende Vorstand kann beschließen, dass die Mitgliederversammlung ausschließlich als virtuelle Mitgliederversammlung in Form einer onlinebasierten Videoversammlung oder als Kombination von Präsenzversammlung und virtueller Versammlung (hybride Mitgliederversammlung) stattfindet. Ohne einen entsprechenden Beschluss des geschäftsführenden Vorstands haben die Mitglieder keinen Anspruch darauf, virtuell an einer Präsenzversammlung teilzunehmen.</p> <p>15) Teilnahme- und stimmberechtigten Personen, die nicht in Präsenzform an der virtuellen oder hybriden Mitgliederversammlung teilnehmen, wird durch geeignete technische Vorrichtungen die Möglichkeit gegeben, virtuell an der Mitgliederversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auf elektronischem Wege auszuüben. Die Einzelheiten zur Registrierung und Gewährleistung der Zugangsberechtigung und Ausübung des Stimmrechts können in der Geschäftsordnung geregelt werden. Die Auswahl der technischen Rahmenbedingungen (z. B. die Auswahl der zu verwendenden Software bzw. Programme) legt der geschäftsführende Vorstand per Beschluss fest.</p> <p>16) Technische Widrigkeiten, die zu einer Beeinträchtigung bei der Teilnahme oder bei der Stimmrechtsausübung führen, berechtigen die teilnahme- und stimmberechtigten Personen nicht dazu, gefasste Beschlüsse und vorgenommene Wahlen anzufechten, es sei denn, die Ursache der technischen Widrigkeiten ist dem Verantwortungsbereich des Vereins zuzurechnen.</p> <p>17) Im Übrigen gelten für die virtuelle bzw. hybride Mitgliederversammlung die Vorschriften über die Mitgliederversammlung sinngemäß.</p>

Satzung 2016	Neu
<p>§ 14 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung Die Mitgliederversammlung ist unter anderem für folgende Vereinsangelegenheiten zuständig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Entgegennahme der Berichte des Vorstands; 2. Entgegennahme der Kassenprüfberichte; 3. Entlastung des Vorstands; 4. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands; 5. Wahl der Kassenprüfer; 6. Änderung der Satzung 7. Beschlussfassung über Auflösung oder Fusion des Vereins; 8. Beschlussfassung über Beschwerden bei Vereinsausschlüssen oder Vereinsstrafen 9. Beschlussfassungen über eingereichte Anträge 10. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge (Höhe, Fälligkeit, ggfs. Änderung) 11. Ernennung von Ehrenmitgliedern 	<p>§ 15 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung Die Mitgliederversammlung ist für folgende Vereinsangelegenheiten zuständig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Entgegennahme der Berichte des Gesamtvorstandes; 2. Entgegennahme der Haushaltsplanung durch den Gesamtvorstand; 3. Entgegennahme des Kassenprüfberichtes; 4. Entlastung des Gesamtvorstandes; 5. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes; 6. Wahl der Kassenprüfer; 7. Beschlussfassung über die Beitragsordnung 8. Ernennung von Ehrenmitgliedern 9. Änderung der Satzung und Beschlussfassung über Auflösung oder Fusion des Vereins; 10. Beschlussfassung über eingereichte Anträge.
<p>§ 15 Die außerordentliche Mitgliederversammlung Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von 20 % aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gilt § 13 entsprechend; in begründeten Fällen ist eine verkürzte Einladungsfrist möglich.</p>	

Satzung 2016**§ 16 Der geschäftsführende Vorstand**

1) Der geschäftsführende Vorstand gem. § 26 BGB (Vorstand) besteht aus:

- a) Dem 1. Vorsitzenden;
- b) Dem 2. Vorsitzenden;
- c) Dem Kassenwart;
- d) Dem Schriftführer;

Der Vorstand wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, darunter der 1. Vorsitzende oder der 2. Vorsitzende, vertreten. Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt durch Wahl auf der Mitgliederversammlung. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre, wobei der 1. Vorsitzende und der Kassenwart jeweils im ungeraden Kalenderjahr und der 2. Vorsitzende und der Schriftführer jeweils im geraden Kalenderjahr gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl erfolgt einzeln.

- 2) Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes ist die Leitung und Geschäftsführung des Vereins. Er ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch die Satzung oder Ordnung einem andere Vereinsorgan zugewiesen sind. Der geschäftsführende Vorstand ist berechtigt, bei Bedarf, aufgabenbezogen, für einzelne Projekte oder befristet besondere Vertreter nach § 30 BGB zu bestellen und diesen die damit verbundene Vertretung und Geschäftsführung zu übertragen. Der geschäftsführende Vorstand ist darüber hinaus berechtigt, Fachwarte zu berufen. Diese sind an die Weisungen des geschäftsführenden Vorstandes gebunden und sind nur diesem zur Rechenschaft verpflichtet. Sie können auf Beschluss des Vorstandes jederzeit wieder von ihren Aufgaben entbunden werden.
- 3) Der geschäftsführende Vorstand kann sich durch Beschluss eine Geschäftsordnung geben.
- 4) Der geschäftsführende Vorstand bleibt auch nach Ablauf der Amtszeit im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Abwesende können gewählt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Wahl des Amtes vorher schriftlich erklärt haben. Scheidet ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes vorzeitig aus, so kann der geschäftsführende Vorstand für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen durch Beschluss einen Nachfolger bestimmen.
- 5) Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes haben in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes je eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden. Sitzungen werden durch den 1. Vorsitzenden einberufen. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder anwesend sind.
- 6) Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes sind zu protokollieren.

Neu**§ 16 Der geschäftsführende Vorstand**

- 1) Der geschäftsführende Vorstand gem. § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Personen.
- 2) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes gemeinschaftlich vertreten.
- 3) Die Bestellung der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes erfolgt durch Wahl in der Mitgliederversammlung. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.
- 4) Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre, wobei der Vorsitzende jeweils im ungeraden Kalenderjahr und die übrigen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes jeweils im geraden Kalenderjahr gewählt werden. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl erfolgt einzeln.
- 5) Aufgabe des geschäftsführenden Vorstandes ist die Leitung und Geschäftsführung des Vereins. Er ist für alle Aufgaben zuständig, die nicht durch die Satzung oder Ordnung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.
- 6) Der geschäftsführende Vorstand kann Ausschüsse bilden und für herausgehobene Aufgaben Beauftragte ernennen. Der geschäftsführende Vorstand ist darüber hinaus berechtigt, Fachwarte zu berufen. Diese sind an die Weisungen des geschäftsführenden Vorstandes gebunden und sind nur diesem zur Rechenschaft verpflichtet. Sie können auf Beschluss des Vorstandes jederzeit wieder von ihren Aufgaben entbunden werden.
- 7) Personalunion zwischen den einzelnen Ämtern des geschäftsführenden Vorstandes ist nicht zulässig.
- 8) Der geschäftsführende Vorstand bleibt auch nach Ablauf der Amtszeit im Amt, bis ein neuer geschäftsführender Vorstand gewählt ist.
- 9) Abwesende können gewählt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Wahl des Amtes vorher schriftlich erklärt haben und die schriftliche Erklärung in der Mitgliederversammlung vorliegt. Scheidet ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes während der laufenden Amtszeit vorzeitig aus, so kann der geschäftsführende Vorstand für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen durch Beschluss einen Nachfolger bestimmen.
- 10) Sitzungen des geschäftsführenden Vorstandes werden durch den Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung durch ein anderes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, einberufen. Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der sich im Amt befindlichen Vorstandsmitglieder anwesend ist. Er kann Mehrheitsbeschlüsse im Umlaufverfahren per E-Mail oder per Telefon- oder Videokonferenz fassen, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder an der Beschlussfassung per E-Mail oder Telefon- bzw. Videokonferenz mitwirken. In Telefon- oder Videokonferenzen gefasste Beschlüsse sind innerhalb einer Woche schriftlich zu protokollieren. Per E-Mail gefasste Beschlüsse sind auszudrucken und zu archivieren. Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes haben in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes je eine Stimme. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- 11) Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes sind zu protokollieren.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 17 Der Gesamtvorstand</p> <p>1) Der Gesamtvorstand besteht aus</p> <ul style="list-style-type: none"> - Den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes, - Den Abteilungs- bzw. Zweigvereinsleitern, falls vorhanden - Dem Jugendwart. <p>2) Aufgaben des Gesamtvorstandes sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Aufstellung des Haushaltsentwurfs und eventueller Nachträge. - Die Vorlage von Jahresberichten für die Mitgliederversammlung. <p>3) Die Mitglieder des Gesamtvorstandes haben in der Sitzung des Gesamtvorstandes je eine Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden. Sitzungen werden durch den 1. Vorsitzenden einberufen. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesamtvorstandsmitglieder anwesend ist.</p> <p>4) Der Gesamtvorstand tritt je nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal jährlich zusammen. Die Sitzungen werden durch den 1. Vorsitzenden einberufen.</p> <p>5) Vom Vorstand berufene Fachwarte nehmen an den Sitzungen des Gesamtvorstandes beratend teil.</p>	<p>§ 17 Der Gesamtvorstand</p> <p>1) Der Gesamtvorstand besteht aus</p> <ul style="list-style-type: none"> - den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes - den Abteilungs- bzw. Zweigvereinsleitern, falls vorhanden - dem Jugendwart. <p>2) Aufgaben des Gesamtvorstandes sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs und eventueller Nachträge - Vorlage von Jahresberichten für die Mitgliederversammlung - Beschlussfassung über Gründung und Schließung von Abteilungen. <p>3) Der Gesamtvorstand tritt nach Bedarf zusammen. Die Sitzungen werden durch den Vorsitzenden einberufen. Vom Vorstand berufene Fachwarte nehmen an den Sitzungen des Gesamtvorstandes beratend teil.</p> <p>3) Die Mitglieder des Gesamtvorstandes haben in der Sitzung des Gesamtvorstandes je eine Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Gesamtvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der im Amt befindlichen Mitglieder des Gesamtvorstandes anwesend ist. Online-Sitzungen sind zulässig; er kann Mehrheitsbeschlüsse auch im Umlaufverfahren (z.B. per E-Mail) fassen.</p>
<p>§ 18 Abteilungen oder Zweigvereine</p> <p>1) Der Vorstand kann die Gründung von Abteilungen oder Zweigvereinen beschließen.</p> <p>2) Jede Abteilung/Zweigverein wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Abteilungs-/Zweigvereinsleiter. Der Vorstand bestätigt die Abteilungs-/Zweigvereinsleiter durch Beschluss. Die Bestätigung kann unter Angabe von Gründen abgelehnt werden. Die Mitglieder der Abteilung/des Zweigvereins müssen dann erneut einen Abteilungs-/Zweigvereinsleiter wählen. Wird der abgelehnte Abteilungs-/Zweigvereinsleiter erneut gewählt, bestätigt die Mitgliederversammlung den Abteilungs-/Zweigvereinsleiter. Lehnt die Mitgliederversammlung den gewählten Abteilungs-/Zweigvereinsleiter ab, muss die Abteilung einen neuen Abteilungs-/Zweigvereinsleiter wählen. Die Abteilungs-/Zweigvereinsleiter sind Mitglied im Gesamtvorstand.</p> <p>3) Die Abteilungen/Zweigvereine können sich eine Abteilungs-/Zweigvereinsordnung geben. Die Abteilungs-/Zweigvereinsordnung bedarf der Genehmigung des Vorstandes.</p> <p>4) Die Abteilungen/Zweigvereine verwalten sich selbständig und entscheiden über die Verwendung der ihnen zufließenden Mittel</p>	<p>§ 18 Abteilungen, Zweigvereine</p> <p>1) Innerhalb des Vereins können</p> <ul style="list-style-type: none"> - für unterschiedliche sportliche Aktivitäten gesonderte Abteilungen oder - Zweigvereine <p>eingerrichtet werden.</p> <p>2) Die Abteilungen/Zweigvereine sind rechtlich unselbständige Untergliederungen des Vereins. Der Gesamtvorstand kann die Gründung und Schließung von Abteilungen beschließen. Über die Aufnahme von Zweigvereinen entscheidet der geschäftsführende Vorstand.</p> <p>3) Jede Abteilung/jeder Zweigverein wählt für die Dauer von zwei Jahren einen Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter. Der geschäftsführende Vorstand bestätigt die Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter durch Beschluss. Die Bestätigung kann unter Angabe von Gründen abgelehnt werden. Die Mitglieder der Abteilung/des Zweigvereins müssen dann erneut einen Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter wählen. Wird der abgelehnte Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter erneut gewählt, bestätigt die Mitgliederversammlung den Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter. Lehnt die Mitgliederversammlung den gewählten Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter ab, muss die Abteilung/der Zweigverein einen neuen Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter wählen. Sollte die Abteilungsversammlung/der Zweigverein keinen Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter benennen, kann dieser vom geschäftsführenden Vorstand benannt werden. Die Abteilungsleiter sind Mitglied des Gesamtvorstandes.</p>

Satzung 2016	Neu
	<p>4) Der Gesamtvorstand kann einen Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter unter Angabe von Gründen durch Beschluss abberufen. Der betroffene Abteilungsleiter/Zweigvereinsleiter ist vorher anzuhören. Die Abteilungen können sich eine Abteilungsordnung geben. Die Abteilungsordnung bedarf der Genehmigung des Gesamtvorstandes.</p>
<p>§ 19 Vereinsjugend</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Jugend des Vereins ist die Gemeinschaft aller Mitglieder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und ist zuständig für alle Jugendangelegenheiten des Vereins. 2) Die Jugend des Vereins führt und verwaltet sich selbständig und entscheidet über die ihr durch den Haushalt des Vereins zufließenden Mittel. 3) Organe der Vereinsjugend sind: <ol style="list-style-type: none"> a) der Jugendwart und b) die Jugendversammlung Der Jugendwart ist Mitglied des Gesamtvorstandes. 4) Das Nähere regelt die Jugendordnung, die von der Jugendversammlung des Vereins beschlossen wird. Die Jugendordnung darf den Vorgaben dieser Satzung nicht widersprechen. Im Zweifelsfall gelten die Regelungen dieser Satzung. 	<p>E. Vereinsjugend</p> <p>§ 19 Die Vereinsjugend</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Jugend des Vereins ist die Gemeinschaft aller Mitglieder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres und ist zuständig für alle Jugendangelegenheiten des Vereins. 2) Die Jugend des Vereins führt und verwaltet sich selbständig und entscheidet über die ihr durch den Haushalt des Vereins zufließenden Mittel unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit des Vereins. 3) Organe der Vereinsjugend sind: <ol style="list-style-type: none"> a) der Jugendwart und b) die Jugendversammlung. Der Jugendwart ist Mitglied des Gesamtvorstandes. 4) Das Nähere regelt die Jugendordnung, die von der Jugendversammlung des Vereins beschlossen wird. Die Jugendordnung darf den Vorgaben dieser Satzung nicht widersprechen. Im Zweifelsfall gelten die Regelungen dieser Satzung.

<p>Satzung 2016</p>	<p>Neu</p> <p>F. Sonstige Bestimmungen</p> <p>§ 20 Vergütung der Tätigkeit der Organmitglieder, Aufwendungsersatz, bezahlte Mitarbeit</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Gesamtvorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Vereins- und Organämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalen Aufwandsentschädigung gem. § 3 Nr. 26 a EStG ausgeübt werden. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, Vertragsinhalte und Vertragsende ist der geschäftsführende Vorstand zuständig. Der geschäftsführende Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben. 2) Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage einen Geschäftsstellenleiter und/oder Mitarbeiter für die Verwaltung einzustellen. Im Weiteren ist nur der geschäftsführende Vorstand ermächtigt, zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke Verträge mit Übungsleitern abzuschließen. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht hat der Vorsitzende oder im Verhinderungsfall ein anderes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes. 3) Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeiten im Auftrag des Vereins entstanden sind. Die Mitglieder und Mitarbeiter haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. 5) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit prüffähigen Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden. 6) Einzelheiten können in einer Finanzordnung geregelt werden.
<p>§ 20 Kassenprüfer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer, die nicht dem geschäftsführenden Vorstand oder Gesamtvorstand angehören dürfen. 2) Ein Kassenprüfer ist jährlich von der Mitgliederversammlung neu zu wählen, der jeweils andere Kassenprüfer bleibt bis zur nächsten Wahl im Amt. Die Wiederwahl ist möglich. 3) Die Kassenprüfer prüfen einmal jährlich die gesamte Vereinskasse mit allen Konten, Buchung 	<p>§ 21 Kassenprüfer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer, die nicht dem geschäftsführenden Vorstand oder Gesamtvorstand angehören dürfen. 2) Ein Kassenprüfer ist jährlich von der Mitgliederversammlung neu zu wählen, der jeweils andere Kassenprüfer bleibt bis zur nächsten Wahl im Amt. Die Wiederwahl ist möglich. 3) Die Kassenprüfer prüfen einmal jährlich die gesamte Vereinskasse mit allen Konten, Buchungsunterlagen und Belegen und erstatten der Mitgliederversammlung darüber einen Bericht. Die Kassenprüfer sind zur umfassenden Prüfung aller Kassen und aller Unterlagen in sachlicher und rechnerischer Hinsicht berechtigt.

Satzung 2016	Neu
<p>§ 21 Vereinsordnungen Der Vorstand ist ermächtigt durch Beschluss u.a. folgende Ordnungen zu erlassen: a) Beitragsordnung b) Finanzordnung c) Geschäftsordnung. Die Ordnungen sind nicht Bestandteil der Satzung.</p>	
<p>§ 22 Doping Der Verein erkennt die DTV, DSB, DBS-Rahmenrichtlinien zur Bekämpfung des Dopings ausdrücklich an und unterwirft sich für seine Mitglieder der Strafgewalt des DTV, DSB und DOSB.</p>	
<p>§ 23 Haftung des Vereins 1) Ehrenamtlich Tätige und Organ- oder Amtsträger, deren Vergütung 500,00 Euro im Jahr nicht übersteigt, haften für Schäden gegenüber den Mitgliedern und gegenüber dem Verein, die in Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verursachen, nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. 2) Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden, die Mitglieder bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden nicht durch Versicherungen des Vereins abgedeckt sind.</p>	<p>§ 22 Haftung 1) Ehrenamtlich Tätige und Organ- oder Amtsträger, deren Vergütung den Ehrenamtsfreibetrag gem. § 3 Nr. 26 a EStG im Jahr nicht übersteigt, haften für Schäden gegenüber den Mitgliedern und gegenüber dem Verein, die sie in Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verursachen, nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. 2) Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden, die Mitglieder bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden nicht durch Versicherungen des Vereins abgedeckt sind.</p>

Satzung 2016	Neu
<p>§ 24 Datenschutz im Verein</p> <p>1) Zur Erfüllung der Zwecke des Vereins werden unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein gespeichert, übermittelt und verändert.</p> <p>2) Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf:</p> <p>a) Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten;</p> <p>b) Berichtigung über die zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind;</p> <p>c) Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt;</p> <p>d) Löschung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war.</p> <p>3) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.</p>	<p>§ 23 Datenschutz</p> <p>1) Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet.</p> <p>2) Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO, - das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO, - das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO, - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO, - das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO, - das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO und - Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Artikel 77 DS-GVO. <p>3) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen zur Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.</p> <p>4) Zur Wahrnehmung der Aufgaben und Pflichten nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung und dem Bundesdatenschutzgesetz bestellt der geschäftsführende Vorstand ggf. einen Datenschutzbeauftragten.</p>
<p>§ 25 Auflösung</p> <p>1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.</p> <p>2) Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind im Falle der Auflösung der 1. und 2. Vorsitzende als die Liquidatoren des Vereins bestellt.</p> <p>3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vereinsvermögen an die Stadt Bielefeld, die es ausschließlich und unmittelbar für gleichartige gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.</p> <p>4) Im Falle einer Fusion mit einem anderen Verein, fällt das Vermögen nach Vereinsauflösung an den neu entstehenden Fusionsverein bzw. den aufnehmenden Verein, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.</p>	<p>G. Schlussbestimmungen</p> <p>§ 24 Auflösung des Vereins</p> <p>1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.</p> <p>2) Sofern die Mitgliederversammlung nicht anderes beschließt, sind im Falle der Auflösung die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands die Liquidatoren des Vereins.</p> <p>3) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins - an Vereinsvermögen an die Stadt Bielefeld, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, sportliche Zwecke zu verwenden hat.</p>

Satzung 2016	Neu
<p>§ 26 Gültigkeit dieser Satzung</p> <p>1) Diese Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 08.04.2016 beschlossen. 2) Diese Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. 3) Alle bisherigen Satzungen treten zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.</p>	<p>§ 25 Gültigkeit dieser Satzung</p> <p>1) Diese Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am beschlossen. 2) Diese Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. 3) Alle bisherigen Satzungen treten zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.</p>